

UNTER FREUNDEN

Ein verdeckter Ermittler mischt sich in Heidelberg unter linke Studenten. Er spielt Freundschaften vor und berichtet an das Landeskriminalamt





DER SKANDAL

Gleich beginnt ein Prozess, auf den Jasper M. über vier Jahre lang gewartet hat. Der 30 Jahre alte Politikwissenschaftler steht vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe. Es ist kurz vor zehn, ein Mittwoch im August 2015. Auf dem Gehweg und der Straße demonstrieren rund 30 Menschen, manche sind maskiert, halten ein Banner, verteilen Flyer. Ein Kamerateam filmt, und ein Mann mit hüftlangen Dreadlocks ruft durch ein Megafon: »Gegen staatliche Überwachung!« Wie die anderen ist Jasper M. hier, um zu erfahren, ob ein Spitzel Einsatz in der linken Studentenszene Heidelbergs rechtswidrig gewesen ist. »Damals dachte ich, einen guten Freund gefunden zu haben«, erzählt er. Stattdessen wurde M. von seinem Mitstudenten überwacht.

Der Polizist Simon B. nannte sich »Simon Brenner« – ein Name aus einer Kriminalromanreihe, deren Held Privatdetektiv ist. B. tarnte sich als 24 Jahre alter Germanistikstudent. Mindestens neun Monate lang drang er in die Privatsphäre von Studenten und linken Aktivisten ein, feierte und demonstrierte, übernachtete auf WG-Couches, engagierte sich in politischen Hochschulgruppen – und schickte Berichte an das Landeskriminalamt in Stuttgart. Was genau darin steht, ist unklar. Die Akten sind gesperrt oder geschwärzt, das Landeskriminalamt äußert sich nicht zu dem Fall.

Schließlich fliegt »Simon Brenner« auf. Im August 2011 klagen sechs Studenten und Michael Dandl, eine der Zielpersonen. Sie sind überzeugt: »Brenner« hätte sie nicht bespitzeln dürfen. ▶

← EINSATZANORDNUNG



SIMON WAR EIN FREUND.



JASPER M., 30, LEITET EINEN KLEINEN SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN VERLAG. ER STUDIERT POLITIK UND PHILOSOPHIE IN HEIDELBERG.

ER WAR AUF UNSEREN WG-PARTYS EINMAL HÄTER BEI UNS ÜBERNACHTET.



NICOLA G., 29, SCHREIBT IHRE DOKTORARBEIT IN MEDIZIN IN HEIDELBERG.

UNHEIMLICH, WIE LEICHT ES IHM VERTRAUEN ZU ERSCHLEICHEN.



HENNING GUTFLEISCH, 32, STUDIERT ETHNOLOGIE, SOZIOLOGIE UND ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT IN HEIDELBERG.

DER PROZESS

Im Gerichtssaal ist jeder Stuhl besetzt, fast nur junge Gesichter sind zu sehen. Ein Polizeikommissar und ein Regierungsdirektor aus Mannheim vertreten das Land Baden-Württemberg, das für den Einsatz verantwortlich ist. »Sie könnten sich wenigstens entschuldigen!«, ruft der Anwalt der Kläger durch den Raum.

In Baden-Württemberg darf die Polizei laut Gesetz verdeckte Ermittler einsetzen, um »Straftaten mit erheblicher Bedeutung« vorbeugend zu bekämpfen oder etwa um eine Gefahr für die Sicherheit oder jemandes Leben, Freiheit und Gesundheit abzuwehren. Um Daten erheben zu dürfen, müssen »tatsächliche Anhaltspunkte« vorliegen. Das Verfahren soll klären, ob es Anhaltspunkte gab – und wie weit der Einsatz ging.

Waren die Studenten gefährlich? Nein, sagt der Regierungsdirektor. Die Studenten, mit denen sich B. angefreundet hat, seien unvermeidbar betroffene Dritte, die man unter anderem brauchte, um an den 47-jährigen Aktivist Michael Dandl heranzukommen. Der ist in Heidelberg linker Szene bekannt und mit Studenten befreundet.

War Dandl eine Gefahr? Hierfür gibt es kaum Indizien. Ein Anhaltspunkt waren Molotowcocktails, welche die Polizei 50 Kilometer von Heidelberg entfernt im November 2009 bei einer Hausdurchsuchung entdeckt hatte. Dandl stehe damit in Verbindung, behaupteten die Beamten. Auch habe die »Antifaschistische Initiative«, in der er aktiv ist, online angekündigt, Nazis »mit allen Mitteln« zu bekämpfen. Genug, um einen verdeckten Ermittler zu rechtfertigen? Bei Weitem nicht, schimpft der Anwalt der Kläger.

Die Richterin stellt Fragen zum Einsatz – und erfährt in der fünfstündigen Verhandlung wenig. Aus der teils geschwärtzten Anordnung des Einsatzes gehe nicht hervor, wie viele verdeckte Ermittler es gegeben habe, stellt sie fest. Auch werde B. nicht namentlich genannt. Der Regierungsdirektor spricht von »Polizeitaktik« und erklärt: »Wir können das nicht näher ausführen.«

Auch die Überwachten kommen zu Wort. Die meisten haben inzwischen ihren Abschluss gemacht. Vor Gericht erzählen sie noch einmal ihre Geschichten vom Studium mit einem Spitzel.



DER EINSATZ

Im Sommer 2010 pustet Nicola G. Seifenblasen in einen Hörsaal der Uni Heidelberg. Hunderte Studenten gucken ihr zu, es ist Ersti-Woche. Die Seifenblasen sollen Hoffnungen symbolisieren, die Erstsemester mit der Universität verbinden. Simon B. wollte, als Rektor verkleidet, in den Saal stürmen und die Blasen zum Platzen bringen. So war es abgesprochen, erzählt Nicola G. Stattdessen platzt die Aktion, er lässt sie im Stich. Wenige Tage später schenkt B. ihr einen Apfelkuchen. »Selbst gebacken!«, flötet er. »Sorry, dass ich nicht

da war.« Damit ist die Sache für Nicola G. erledigt. Sie ahnt zu diesem Zeitpunkt nicht, dass er Berichte anfertigt.

Henning Gutfleisch, damals Ethnologiestudent, erzählt, wie er mit B. nach Brüssel auf eine Demo fuhr. Dort kesseln Polizisten die Demonstranten ein. Simon B. arbeitet mit Gutfleisch in einem Zelt an einer Reportage für ein linkes Online-medium. Gemeinsam schreiben sie über den »Polizeistaat«. Mit seinen neuen Freunden engagiert B. sich in linken Gruppen, nimmt an Demos teil. ▶

SIMON B. VERBRACHT
ZWISCHEN APRIL
UND DEZEMBER
2010 VIEL ZEIT
MIT [REDACTED] DEN
STUDENTEN: ER
DEMONSTRIERTE
MIT IHNEN GEGEN
ATOMKRAFT UND
GEGEN NAZIS.
ER FAND FREUNDE,
UND ERSTATTETE DEM
LANDESKRIMINALAMT
BERICHT.



BIS HEUTE WISSEN DIE BETROFFENEN NICHT, WAS
SIMON B. ÜBER SIE WEITERGEBEN [REDACTED] HAT.
SEINE BERICHTE SIND [REDACTED] GESPERRT.

SIMON WAR EIN [REDACTED] GUTER
SCHAUSPIELER. ER HAT GEWUSST,
WIE ER SICH VERHALTEN MUSS,
DAMIT WIR
[REDACTED] IHN
MÖGEN.



ERST DURCH EINEN ZUFALL WIRD SIMON B. ENTARNT.



DIE AUFDECKUNG

Simon B. macht Urlaub in Frankreich. Auf einem Campingplatz erfährt eine Frau, dass er Polizeibeamter ist. Monate später trifft er sie zufällig auf einer Studentenparty in Heidelberg wieder. Er habe sie gebeten,

ihn nicht zu verraten. Doch am nächsten Tag stellen ihn Kommilitonen in einer Bar zur Rede: »Du bist Polizist.« Er habe gefragt, wer diese »Scheiße« erzähle, es dann aber zugegeben. »Die Getränke gehen auf

mich.« Über zwei Stunden verhören ihn die Studenten, so erzählen sie es heute. B. verrät wenig, aber genug. Die Freundschaften seien ihm ernst gewesen, habe er gesagt. Das Bier lässt sich niemand bezahlen. ►



**ENDE 2015 FÄLLT DAS GERICHT EIN URTEIL:
DER EINSATZ VON SIMON B. WAR RECHTSWIDRIG.**



**INZWISCHEN WURDE ÜBER
WEITERE FÄLLE GESTRITTEN, BEI
DENEN ES VERDECKTE ERMITTLER
IN DER LINKEN SZENE GAB,**

DAS URTEIL

Fünf Jahre später sitzen drei der damaligen Studenten und Michael Dandl in einem Heidelberger Café. Auf dem Tisch verstreut: Flyer, Blogartikel, Zeugnisse ihres Engagements im »Arbeitskreis Spitzzelklage«. Die langjährige Arbeit hat sich für sie gelohnt, das Gericht hat geurteilt: Der Einsatz von Simon B. war ein gesetzeswidriger Eingriff in ihre Grundrechte. »Bloße Vermutungen reichen nicht aus«, um verdeckt ermitteln zu dürfen, entscheiden die Richter. Man werde nicht in Berufung gehen, erklärt ein Sprecher des Landesinnenministeriums. Damit ist das Urteil rechtskräftig.

Konsequenzen hat das vorerst nicht. Die Betroffenen wollen deshalb weitermachen. Sie möchten die Berichte von B. sehen. Die bleiben bislang unter Verschluss. »Je mehr wir preisgeben, desto größer ist die Gefahr, dass Einsätze von verdeckten Ermittlern unmöglich werden«, heißt es aus dem Ministerium. Über Simon B.s Einsatz wird weiter gestritten.

Ein Spion unter Studenten, ist das ein Einzelfall? Uni-Städte seien ein »Magnet für linksorientierte Personen«, heißt es in der Heidelberger »Einsatzanordnung«. Die Kläger vermuten, dass der Staat auch anderswo im studentischen Milieu spioniere.

Solche Einsätze seien »keine alltägliche Maßnahme«, sagt ein Sprecher des Landeskriminalamts in Stuttgart. Ansonsten äußere man sich grundsätzlich nicht zu verdeckten Ermittlungen.

Bekannt werden solche Fälle nur selten: Anfang der Neunziger schleusten sich Polizisten in die Hochschulszene in Tübingen ein. Sie zogen in WGs, bis der Einsatz schließlich platzte. Zur selben Zeit freundete sich in Freiburg ein verdeckter Beamter mit angeblich verdächtigen Studenten an. Viele Jahre später entscheidet ein Gericht: Dieser Einsatz war rechtswidrig. Im August 2015 kam ans Licht, dass eine Beamtin die Szene um das linke Kulturzentrum Rote Flora in Hamburg bespitzelt hatte.

Verdeckte Ermittlungen seien Ausnahmefälle, sagt Norbert Schätzle, Polizeisprecher in Mannheim. Egal, ob links oder konservativ, »Studenten müssen keine Bedenken haben«. Das hat sich auch die Medizinstudentin Nicola G. vorgenommen. Es sei falsch, nun weniger politische Aktionen zu planen, keine Demos zu besuchen. »Das wäre genau das, was sie wollen.« ♦